

Von Max Otte

Frankreich und Deutschland müssen sich zusammenraufen

Die **Beschlüsse der vorigen Woche** genügen nicht, um die Euro-Zone nachhaltig zu sichern

Von Anbeginn der europäischen Idee war das deutsch-französische Tandem Motor der europäischen Integration. In der europäischen Schuldenkrise war es schwersten Belastungen ausgesetzt. Zeitweilig drohte die Integration irreparablen Schaden zu nehmen. Nun haben beide Länder auf dem Euro-Gipfel einen kleinen Durchbruch erzielt.

Mit dem jetzigen Paket in Höhe von 109 Milliarden Euro wird Griechenland ein Jahrzehnt vom Kapitalmarkt genommen. Die Gläubiger tauschen bestehende Kreditengagements in solche mit Laufzeiten von 15 bis 30 Jahren zu niedrigeren Zinsen und etwas geringeren Nominalwerten. Die Beteiligung des Finanzsektors bis 2014 soll 37 Milliarden Euro betragen. Insgesamt wird Griechenlands Schuldenlast um vielleicht zehn Prozent reduziert. Auch soll der Stabilisierungsfonds EFSF präventiv handeln dürfen, Anleihen am Sekundärmarkt zurückkaufen und Regierungen Kredite gewähren, damit diese im Ernstfall Banken stützen können.

All dies sind wichtige und richtige Ansatzpunkte. Der Rückkauf von Anleihen kann zum Beispiel für Europa zu einem guten Geschäft werden, wenn diese auf ein irrational niedriges Niveau gedrückt sind. Das Instrument ist so ein Gegengewicht gegen die Macht der Rating-Agenturen. Auch die Möglichkeit der Stützung von Banken durch den EFSF verringert die Erpressbarkeit der europäischen Regierungen. Ein „Flächenbrand“ ist nun weniger wahrscheinlich. Finanzinvestoren können nicht mehr automatisch davon ausgehen, dass sie im Fall einer Schuldenkrise eine Vollkaskoversicherung durch die Steuerzahler erhalten. Mit dem erweiterten EFSF erhält die Euro-Zone nun so etwas wie einen Europäischen Währungsfonds.

Allerdings reichen die jetzigen Beschlüsse nicht, um die Euro-Zone nachhaltig zu sichern. Von Anfang an verbarg sich in der Währungsunion ein deutsch-französischer Interessengegensatz:

Frankreich wollte die D-Mark vergemeinschaften, Deutschland konzedierte die Währungsunion und machte die Stabilitätskriterien zur Bedingung. Die beschlossenen Maßnahmen haben nun die Wahrscheinlichkeit verringert, dass ein weiteres Land in das Visier der Finanzmärkte gerät, aber es ist nicht ausgeschlossen. Für Spanien oder Italien würden die zur Verfügung stehenden 440 Milliarden Euro keinesfalls ausreichen. Die Richtung für die deutsche Diplomatie könnte heißen: Zustimmung zu einer Aufstockung des EFSF im Austausch für eine Insolvenzordnung für Euro-Länder.

Zudem eint Frankreich und Deutschland weit mehr, als man annehmen möchte. Beide Länder haben eine ähnliche Staatsauffassung, welche die kontinentaleuropäischen von den angelsächsischen Ländern unterscheidet. Beide gehen davon aus, dass es ein Gemeinwohl gibt und dass der Staat eine genuin eigene Rolle zumindest in Kernfragen haben soll. Deutschland kann hier sogar von Frankreich und seinem funktionierenden Elitebeamtentum lernen.

Das deutsch-französische Tandem muss deswegen eine Vorreiterrolle bei der Regulierung der Finanzmärkte einnehmen. Die von Frankreich geforderte Finanztransaktionssteuer könnte sich zu einer echten Einnahmequelle für die Union ausweiten und die Spekulationswirtschaft zum Wohle der Realwirtschaft zurückdrängen. Deutschland sollte sich der französischen Position anschließen. Auch bei einer Regulierung von toxischen Finanzprodukten kann der Kontinent unter Führung Frankreichs und Deutschlands – bei sicher zu erwartender Opposition Englands – eine führende Rolle spielen.

Die Krönung wäre es, wenn Frankreich und Deutschland es schaffen, eine europäische Rating-Agentur in Form einer staatlichen Einrichtung oder Stiftung auf den Weg zu bringen. Dann hätte Europa einen großen Schritt auf dem Weg zu einer souveränen Außenwirtschaftspolitik gemacht. ■



MAX OTTE

Ist Professor an der Fachhochschule Worms sowie an der Universität Graz, Investor und unabhängiger Fondsmanager. In seinem Buch „Der Crash kommt“ sagte er 2006 die Finanzkrise voraus